

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
III/32

Verantwortliche/r:
Ordnungs- und Straßenverkehrsamt

Vorlagennummer:
321/108/2013

Verwarnungsgeld für Falschparker auf Bewohnerparkplätzen; Fraktionsantrag vom 25. Juni 2013 Nummer 106 / 2013

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	17.09.2013	Ö	Beschluss	einstimmig angenommen

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.
Der Fraktionsantrag Nr. 106/2013 der SPD vom 25. Juni 2013 ist damit bearbeitet.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit der Rücknahme der Kürzung des Verwarnungssatzes für das rechtswidrige Parken auf Bewohnerparkplätzen soll dem Fehlverhalten der Falschparker auf Bewohnerparkplätzen entgegengewirkt werden.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die Kürzung des Verwarnungssatzes für das rechtswidrige Parken auf Bewohnerparkplätzen soll zurückgenommen werden.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Mit Schreiben vom 25. Juni 2013 weist die SPD Fraktion auf die ab dem 1. April 2013 gültige Senkung des Verwarnungssatzes für das unberechtigte Parken auf Bewohnerparkplätzen von 15 Euro auf 10 Euro hin. Dies würde zum verstärkten Falschparken auf Bewohnerparkplätzen führen. Die SPD Fraktion beantragt, dass die Stadt Erlangen beim Bundesminister für Verkehr gegen die Senkung protestiert und die Rücknahme dieser Kürzung fordert. Zudem solle diese Thematik in die Gremien des Deutschen Städtetags eingebracht werden. Hinsichtlich näherer Angaben wird auf den als Anlage beigefügten Antrag Bezug genommen.

Mit Schreiben des Oberbürgermeisters vom 29. Juli 2013 an den Bundesminister Dr. Ramsauer bittet die Stadt Erlangen, die Reduzierung des Verwarnungssatzes - sowohl im Interesse der Erlanger Wohnbevölkerung als auch der Bürger vieler anderen Kommunen in Deutschland - so bald wie möglich wieder rückgängig zu machen.

Der Deutsche Städtetag wird mit Schreiben des Oberbürgermeisters vom 29. Juli 2013 gebeten, den Vorstoß der Stadt Erlangen zur Rücknahme der Senkung zu unterstützen, damit diese "unglückliche" Regelung möglichst bald beseitigt wird.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
 sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
 sind nicht vorhanden

Anlagen: Fraktionsantrag 106/2013

III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77 am 17.09.2013

Ergebnis/Beschluss:

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.
Der Fraktionsantrag Nr. 106/2013 der SPD vom 25. Juni 2013 ist damit bearbeitet.

mit 14 gegen 0 Stimmen

gez. Aßmus
Vorsitzende

gez. Wüstner
Berichterstatterin

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang